

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Susanne Victoria Schütz, Sylvia Bruns, Björn Försterling, Dr. Stefan Birkner und Horst Kortlang (FDP)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung namens der Landesregierung

Baurohstoffe - Preise und Versorgungslage

Anfrage der Abgeordneten Susanne Victoria Schütz, Sylvia Bruns, Björn Försterling, Dr. Stefan Birkner und Horst Kortlang (FDP), eingegangen am 03.02.2020 - Drs. 18/5764
an die Staatskanzlei übersandt am 10.02.2020

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung namens der Landesregierung vom 02.03.2020

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Baupreis für Wohngebäude stieg von November 2016 bis November 2017 um 3,4 %, von November 2017 bis November 2018 um weitere 4,8 % und von November 2018 bis November 2019 nochmals um 3,8 %. Ähnliche Steigerungsraten finden sich auch in anderen Baubereichen, wie beispielsweise im Straßenbau oder im Bürogebäudebau (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164936/umfrage/entwicklung-der-baupreise-in-deutschland/>). Zumindest ein Teil dieser Preissteigerungen ist auf den Anstieg der Rohstoffkosten zurückzuführen.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die genannten oberflächennahen mineralischen Rohstoffe wie z. B. Kies und Sand werden regelmäßig auf der Grundlage privatrechtlicher Vereinbarungen gewonnen. Im Einvernehmen mit den Grundeigentümern exploriert die Baustoffindustrie potenziell geeignete Abbauflächen und stellt bei erfolgreichem Rohstoffnachweis üblicherweise einen Abbauantrag bei den zuständigen Genehmigungsbehörden.

Da die heimische Wirtschaft u. a. für den Erhalt und die Verbesserung der Infrastruktur (z. B. Verkehrswege, öffentliche Gebäude) sowie den Wohnungsbau in beträchtlichem Umfang auf Baurohstoffe angewiesen ist, liegt eine möglichst verbrauchernahe und damit klimafreundliche sowie kostengünstige Versorgung in erheblichem öffentlichem Interesse.

Vor diesem Hintergrund werden - abweichend von der Planungspraxis anderer Bundesländer - seit 1994 im Rahmen des regelmäßig aktualisierten Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP) Vorranggebiete Rohstoffgewinnung in der Kartendarstellung des LROP ausgewiesen. Die dargestellten Vorranggebiete sind als Ziele des Landes konkretisiert in die Regionalplanungen zu übernehmen und gegebenenfalls durch weitere Vorranggebiete von regionaler Bedeutung zu ergänzen. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) erstellt zu diesem Zweck Fachkarten mit geeigneten Rohstoffflächen, die fortlaufend dem aktuellen Kenntnisstand angepasst werden, und berät die öffentlichen Planungsträger in allen Fragen zur Rohstoffsicherung (<https://nibis.lbeg.de/cardomap3/?TH=RSK25>).

1. **Wie hat sich der Preis von Sand in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte gegebenenfalls nach verschiedenen Arten von Sand aufschlüsseln)?**
2. **Wie hat sich der Preis von Kies in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte gegebenenfalls nach verschiedenen Arten von Kies aufschlüsseln)?**

3. **Wie hat sich der Preis von Splitt in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte gegebenenfalls nach verschiedenen Arten von Splitt aufschlüsseln)?**
4. **Wie hat sich der Preis von Lehm und Ton in den letzten fünf Jahren entwickelt?**
5. **Wie hat sich der Preis von Kalk und Gips in den letzten fünf Jahren entwickelt?**

Die Fragen 1 bis 5 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Die Preise von Baurohstoffen werden am Markt ermittelt. Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung hieran mitzuwirken. Der Verantwortungsbereich der Niedersächsischen Landesregierung ist hiervon nicht berührt. Im Übrigen wurde bereits in anderen Zusammenhängen darauf hingewiesen, dass es nicht Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion ist, frei verfügbare Informationen durch die Landesregierung zusammentragen und aufbereiten zu lassen.

6. **Ist die Versorgung mit den genannten Rohstoffen nach Ansicht der Landesregierung in Niedersachsen sichergestellt und wenn nicht, für welche nicht, und was plant die Landesregierung gegebenenfalls zur Sicherung zu unternehmen?**

Niedersachsen wird mit den genannten Baurohstoffen zum ganz überwiegenden Teil aus heimischen Lagerstätten versorgt. Dies gilt insbesondere für die in sehr großen Mengen benötigten Sande und Kiese, die besonders transportkostenempfindlich sind. Bei diesen Massenrohstoffen sind bereits nach relativ kurzen Transportentfernungen die Transportkosten höher als der Preis der Rohstoffe an der Gewinnungsstelle.

Aufgrund der naturräumlichen Gliederung Niedersachsens fehlen im niedersächsischen Tiefland Festgesteine und nennenswerte Kieslagerstätten. Diese Defizite werden durch Lieferungen aus südlichen Landesteilen oder Importe aus anderen Bundesländern teilweise gedeckt. Des Weiteren werden in Küstennähe jedes Jahr mehrere Millionen Tonnen gebrochene Hartsteine (Splitt, Schotter, auch als Substitut für Kies) vor allem aus Skandinavien über die norddeutschen Seehäfen importiert.

Problematisch wird sich in Deutschland die Versorgung der Gipsindustrie mit Gips aus Rauchgasentschwefelungs-Anlagen (REA-Gips, bundesweit mehr als 50 % der Rohstoffbasis) durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung entwickeln. Die niedersächsische Gipsindustrie verarbeitet allerdings ganz überwiegend Naturgips aus heimischen Lagerstätten. REA-Gips fällt in Niedersachsen nicht mehr an und wird nur in vergleichsweise geringen Mengen aus anderen Bundesländern importiert.

Vor diesem Hintergrund geht die Landesregierung davon aus, dass die Versorgung mit Baurohstoffen einerseits durch den heimischen Rohstoffabbau und andererseits durch Importe gesichert ist.

Weitere Details zur Rohstoffsicherung in Niedersachsen sind dem Rohstoffsicherungsbericht Niedersachsen 2018 des LBEG zu entnehmen (https://www.lbeg.niedersachsen.de/energie_rohstoffe/rohstoffe/rohstoffsicherungsbericht/rohstoffsicherungsbericht-570.html).

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.